Trinkwasser:

Die Neusser LINKE fordert in ihrem Kommunalwahlprogramm 2025 auf Seite 23: „Flächendeckender Bau von öffentlichen Trinkwasserbrunnen“.

DIE LINKE will, dass künftig allen Bürger: innen im öffentlichen Raum der Zugang zu qualitativ hochwertigem Trinkwasser ermöglicht wird, denn die Bereitstellung von Leitungswasser durch Trinkwasserbrunnen an öffentlichen Orten gehört zur Daseinsvorsorge und ist ein wichtiger Beitrag auf künftige Hitzeereignisse besonders in Städten.

Insbesondere für obdachlose Menschen kann dieses Angebot überlebenswichtig sein. Frisches Trinkwasser ist für die Gesundheit unerlässlich, und Wasserspender bieten eine zuverlässige Quelle für sauberes Wasser.

Öffentliche und kostenlose Trinkwasserbrunnen haben zudem den positiven Nebeneffekt, dass sie Menschen ermöglichen, unterwegs Wasser zu trinken, ohne auf den Kauf von Einwegflaschen angewiesen zu sein. Durch die Nutzung von Wasserspendern reduziert sich außerdem der Verbrauch von Plastikflaschen, was zur Verringerung von Plastikmüll beiträgt.

Im Neusser Stadtrat wurde zuletzt 2023 über den Bau neuer Trinkwasserbrunnen abgestimmt. Die LINKE hat dem Vorschlag, weitere Trinkwasserbrunnen zu installieren, zugestimmt. Leider erhielt der Antrag aber keine Mehrheit. Wir werden diesen Punkt im neuen Rat erneut zur Diskussion stellen.

Essbare Stadt:

Auch dieser Punkt findet sich im Kommunalwahlprogramm der LINKEN in Neuss, wo wir auf Seite 7 folgende Forderungen erheben:

- Plätze für Urban Gardening in allen Stadtteilen.
- Bepflanzung der Parks und Grünstreifen mit essbaren Nutzpflanzen (Äpfeln, Birnen, Zwetschgen), an denen sich jede:r bedienen darf.

Konzepte einer essbaren Stadt sind in Neuss erst in kleinen Schritten umgesetzt worden, zum Beispiel bei der Anpflanzung von Streuobstwiesen auf öffentlichem Grün. Hier ist noch viel Luft nach oben. Wir unterstützen deshalb die Idee, zukünftig 50% der Neupflanzungen mit essbaren und/oder insektenfreundlichen Pflanzen zu gestalten.

Solche Urban-Gardening-Projekte sollte es selbstverständlich in allen Stadtteilen geben. Wichtig ist, dass der Bestand der Gärten planungsrechtlich abgesichert wird. Private Initiativen sollten finanziell gefördert werden.

Als Linken ist uns ferner wichtig, Modelle des Urban Gardening mit sozialen Projekten zu verbinden. Bei einer Quote von rund 15% Kinderarmut in Neuss ließe sich auf diese Weise auch eine preiswerte und doch gesunde Ernährung für sozial benachteiligte Familien sicherstellen. So können Urban-Gardening-Projekte Teil einer neu aufzustellenden städtischen Nahrungsstrategie werden.

Fairer Handel:

Die LINKE wird weiterhin, wie schon in den vergangenen Jahren, die Bemühungen von terres des hommes und anderen für den Einkauf fair hergestellter Produkte fördern. Zum Beispiel bei der Verpflichtung, auf den Friedhöfen nur Grabsteine ohne Kinderarbeit aufzustellen. Das geschieht zum einen durch Informationen und Appelle an die Bürgerinnen und Bürger, zum anderen aber auch durch entsprechendes Handeln der Verwaltung selbst. Bekanntlich ist die Stadt beim Einkauf und der Vergabe von Aufträgen nicht völlig frei, sondern muss sich an Vergaberichtlinien und Vorschriften zur Wirtschaftlichkeit halten. Die wenigen Spielräume, die ihr bleiben, muss sie im genannten Sinne voll ausschöpfen und im Übrigen einzeln und im Verbund der nordrheinwestfälischen Kommunen Druck auf die Landesregierung machen, entsprechende Kriterien des fairen Einkaufs in Weiterem Umfang gesetzlich zuzulassen. Dass im Vergabe- und Tariftreuegesetz NRW der Einkauf von Waren aus dem Fairen Handel nur „in geeigneten Fällen“ erlaubt ist, ist eine unnötige Einschränkung.

Bedarf an Weiterbildung in diesem Bereich sehen wir insbesondere bei den Entscheidungsträgern in Politik und Verwaltung.

Bio-Landwirtschaft:

Die Kommunen haben keinen direkten Einfluss darauf, wie landwirtschaftliche Betriebe wirtschaften. Allerdings gibt es diverse Programme des Bundes und des Landes NRW zur finanziellen Förderung des ökologischen Landbaus. Die Neusser Wirtschaftsförderung sollte, so wie sie es bereits bei gewerblichen Förderprogrammen tut, die landwirtschaftlichen Betriebe gezielt und systematisch über Förderprogramme informieren, ihnen bei der Beantragung der Fördergelder helfen und ggfl. notwendige Erlaubnisse unbürokratisch erteilen.

Ernährungssicherheit:

In ihrem Kommunalwahlprogramm 2025 fordert die Neusser Linke: „Keine neuen Flächenversiegelungen, vertikale Nachverdichtung im Wohnungsbau und ein Gewerbeflächen-Moratorium, das den wirklichen Bedarf prüft.“ (Seite 23).

Dem Ziel, Flächen zu sparen und einer immer stärkeren Versiegelung unserer Heimat Einhalt zu gebieten, muss auch bei der Gewerbeflächenpolitik Rechnung getragen werden. Blindes Wachstumsdenken bei der Gewerbeflächenausweisung muss einer vernünftigen Analyse weichen, wie viel neue Gewerbeflächen eine Stadt mit stagnierender Einwohnerzahl wirklich braucht. Es kann nicht sein, dass landwirtschaftliche und andere naturnahe Flächen blind in Gewerbeflächen umgewandelt werden, nur weil es eine Flächennachfrage von Seiten der Industrie oder des Gewerbes gibt. Nicht der „Bedarf“ der Industrie usw. ist maßgeblich, sondern was die Stadt Neuss angesichts schrumpfender Einwohnerzahl an guten Arbeitsplätzen braucht.

Gemeinschaftsverpflegung:

Kostenfreies und qualitativ hochwertiges Essen- und Getränkeangebot in Kita- und Schulverpflegung für alle Kinder ist die wichtigste Maßnahme, um nachhaltige Ernährung in Deutschland voran zu bringen.

Die Stadt Neuss als Schulträger ist gesetzlich verpflichtet, den Schüler*innen die Einnahme eines Mittagessens zu ermöglichen und hierfür Räume, Sach- und Personalausstattung bereitzustellen. Die konkrete Umsetzung erfolgt im Rahmen von Verträgen mit außerschulischen Trägern.

Die Stadt kann mit diesen Trägern verpflichtende Qualitätsstandards für die Schulverpflegung vereinbaren. Sie sollte in künftigen Verträgen regelmäßig darauf bestehen, dass die DGE-Qualitätsstandards eingehalten werden. Die Auftragnehmer müssen über eine DGE-Zertifizierung verfügen.

Ziel muss es sein, in den Kitas und Schulen ein regionales und ökologisch produziertes, gesundes Angebot von Lebensmitteln anbieten zu können. Denkbar ist z.B. die Zusammenarbeit einer Schule mit einem bio-zertifizierten landwirtschaftlichen Betrieb aus der Region.

Ernährungsbildung:

Grundlage gesunder Ernährung ist gute Ernährungsbildung.

Die Stadt Neuss kann den Kitas und Schulen nicht direkt ihre Bildungsangebote vorschreiben. Aber sie kann z.B. Weiterbildungsangebote für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Kitas und Schulen anbieten und Ideen vorantreiben. So kann etwa die Schulverpflegung mit praktischer Bildung kombiniert werden, z.B. durch den Bau von Hochbeeten im Schulunterricht.

Es ist aus Sicht der LINKEN allerdings unerlässlich, die Kinder und Jugendlichen in die Planung, Zubereitung und anschließende Bewertung der Mahlzeiten einzubinden und Mitbestimmungsmöglichkeiten zu schaffen.